



Impuls zum 28. Sonntag im Jahreskreis (Lesejahr B) – 10. Oktober 2021

Von Pater Wolfgang Jungheim, pax christi Rhein-Main, Koblenz

Evangelium: Mk 10,17-30

In jener Zeit lief ein Mann auf Jesus zu,
fiel vor ihm auf die Knie
und fragte ihn: Guter Meister,
was muss ich tun, um das ewige Leben zu erben?
Jesus antwortete: Warum nennst du mich gut?
Niemand ist gut außer der eine Gott.
Du kennst doch die Gebote:
Du sollst nicht töten,
du sollst nicht die Ehe brechen,
du sollst nicht stehlen,
du sollst nicht falsch aussagen,
du sollst keinen Raub begehen;
ehre deinen Vater und deine Mutter!
Er erwiderte ihm: Meister, alle diese Gebote
habe ich von Jugend an befolgt.
Da sah ihn Jesus an,
umarmte ihn
und sagte: Eines fehlt dir noch:
Geh, verkaufe, was du hast,
gib es den Armen
und du wirst einen Schatz im Himmel haben;
dann komm und folge mir nach!
Der Mann aber war betrübt, als er das hörte,
und ging traurig weg;
denn er hatte ein großes Vermögen.
Da sah Jesus seine Jünger an
und sagte zu ihnen:
Wie schwer ist es für Menschen, die viel besitzen,
in das Reich Gottes zu kommen!
Die Jünger waren über seine Worte bestürzt.
Jesus aber sagte noch einmal zu ihnen:
Meine Kinder, wie schwer ist es, in das Reich Gottes zu kommen!
Leichter geht ein Kamel durch ein Nadelöhr,

als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt.
Sie aber gerieten über alle Maßen außer sich vor Schrecken
und sagten zueinander: Wer kann dann noch gerettet werden?
Jesus sah sie an
und sagte: Für Menschen ist das unmöglich,
aber nicht für Gott;
denn für Gott ist alles möglich.
Da sagte Petrus zu ihm:
Siehe, wir haben alles verlassen und sind dir nachgefolgt.
Jesus antwortete: Amen, ich sage euch:
Jeder, der um meinetwillen und um des Evangeliums willen
Haus oder Brüder, Schwestern, Mutter, Vater,
Kinder oder Äcker verlassen hat,
wird das Hundertfache dafür empfangen.
Jetzt in dieser Zeit
wird er Häuser und Brüder, Schwestern und Mütter,
Kinder und Äcker erhalten,
wenn auch unter Verfolgungen,
und in der kommenden Welt das ewige Leben.
Viele Erste werden Letzte sein
und die Letzten Erste.

„Eines fehlt dir noch, gib alles, was du hast, den Armen.“ Damit meinte Jesus, zu teilen, damit sie leben können wie er es auch tat. Das schaffte jener nicht, denn er war sehr vermögend. „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr als dass ein Reicher ins Reich Gottes gelangt.“ stellt Jesus fest zum Ärger seiner Jünger. Und wohl auch von Christ*innen heute, denen den Spitzensteuersatz für die 400.000 reichsten Deutschen zu erhöhen, kontraproduktiv ist im Wirtschaften in Corona- und Klimawandelzeit. Und auch im Februar 2021 hatte ein außergewöhnliches Bündnis von 41 Verbänden und Gewerkschaften zur Erhöhung der Regelsätze für die Armen, um die Härten der Coronazeit zu bewältigen, ein beschämendes Ergebnis vonseiten der Bundesregierung im Gegensatz zu dem, was den Unternehmen zugestanden wurde ...

Der oberste Christdemokrat warnte vor Sozialismus ...

Doch einige Millionäre aus BRD und Österreich machten 2021 klar, dass sie gut die Hälfte ihres Einkommens zur Bewältigung der Krise beisteuern könnten und Wissenschaftler*innen stimmten dem Vorhaben bzgl. der Vermögenssteuer zu als verantwortungsvoll ...

Meines Erachtens stehen vor unseren Türen die Leiden der durch uns Industriestaaten verursachten Klimanotstände ... Werden Konzerne und reiche Verursacher*innen wenigstens zur Wiedergutmachung aufgefordert??? Nein, Christ*innen werden die Außengrenzen sichern bzw. sichern lassen mit Hilfe derer, die nicht zimperlich sie zurückhalten ...

Was werden die Verhandlungen mit FDP und Grünen bringen im Blick auf soziale Gerechtigkeit? Welche Koalition wird möglich in der Angst vor Sozialismus statt in Angst vor Ungerechtigkeit? ...

Gott, du hast die Welt den Menschen anvertraut. Sie soll eine Welt des Friedens und der Freiheit sein. Lass uns dafür eintreten, dass alle Menschen mit offenem Blick und aufrechtem Gang in deiner Welt leben können. Gib uns die Kraft und den Mut, deine Botschaft in die Welt hineinzutragen durch Christus, unseren Bruder. Amen.

Vorsondierungen: FDP und Grüne haben bereits gesprochen

Stand: 29.09.2021 07:42 Uhr ARD

Grüne und Liberale machen bei den Koalitionsgesprächen Tempo: Vertreter*innen beider Parteien haben sich bereits zu ersten Vorsondierungen getroffen. Führende FDP-Politiker machen klar, dass Schwarz-Grün-Gelb für sie noch nicht vom Tisch ist – trotz Werben der SPD.

... Die SPD sei immer eine Partei gewesen, die die politische Durchsetzung von Recht, Freiheit und besserem Leben als möglich angesehen habe. Die Grünen sähen, wie die SPD, das Aufhalten des menschengemachten Klimawandels und die ökologischen Fragen drumherum als zentral an, seien aber "natürlich noch mehr darauf konzentriert", sagte Scholz...

Laut einer repräsentativen Studie von infratest dimap für den ARD-DeutschlandTrend bevorzugt eine Mehrheit von 55 Prozent der Bürger*innen eine SPD-geführte Koalition mit den Grünen und der FDP. Nur 33 Prozent sprachen sich in der Umfrage für eine Koalition von CDU/CSU, Grünen und FDP aus. Allerdings favorisieren die Anhänger der FDP mehrheitlich ein Jamaika-Bündnis mit der Union (51 Prozent) statt einer Ampel-Koalition (41 Prozent).

Für FDP liegt ein schwarz-grün-gelbes Bündnis näher

... Programmatisch gebe es bei der FDP eine größere Nähe zur Union, betonte Lambsdorff. „Aber wir gehen offen in die Gespräche mit allen anderen Parteien“, fügte er hinzu.

Auch für FDP-Bundestagsfraktionsvize Michael Theurer ist eine Jamaika-Koalition "noch nicht vom Tisch". Parteichef Lindner habe zuletzt deutlich gemacht, dass die Liberalen eine Präferenz für ein solches Bündnis haben, sagt Theurer im Deutschlandfunk.

Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer schlug ebenfalls versöhnliche Töne in Richtung FDP an. In der Zeitung "Welt" verwies der Verkehrsexperte darauf, dass auch die FDP mehr Klimaschutz im Verkehr wolle. „Wenn uns jemand sinnvollere Maßnahmen als unsere vorschlägt, sind die Grünen die letzten, die sich verweigern“, sagte Krischer.

Der frühere Grünen-Fraktionschef und Bundesumweltminister Jürgen Trittin ging ebenfalls auf die Liberalen zu. „Die FDP hat dazugelernt“, sagte Trittin den Partnerzeitungen der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft.

... Die ehemalige Grünen-Chefin Claudia Roth sagte in der ARD-Sendung Maischberger: „Man muss sich nicht lieben, aber man muss respektvoll miteinander umgehen.“ Ähnlich äußerte sich FDP-Bundesvorstandsmitglied Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Es gehe darum, Vertrauen aufzubauen.

Die Grüne Jugend warnt allerdings vor zu viel Vertrauen in den Markt – und die Liberalen. „Hinter dem frischen Image der FDP steckt aber leider bisher nur die alte Leier der wundersamen Kräfte des Marktes“, sagte der Bundessprecher der Grünen Jugend, Georg Kurz, der Nachrichtenagentur dpa. „Die Klimakrise den Profitlogiken

und Wachstumszwängen zu überlassen, die uns in diese Krise erst geführt haben, ist keine Option", betonte Kurz.

Heute schon ein Glas Milch getrunken? Dank jahrzehntelangen Lobbyings ist Kuhmilch zum Massenprodukt geworden. Joghurt, Butter, Milchdrinks – die Kühlregale werden immer länger. Die schiere Menge an Milchprodukten ist ein Problem, denn die klimaschädlichen Folgen der Massen-Milchproduktion kosten uns nach Berechnungen aus einer aktuellen Studie mindestens 7 Milliarden Euro pro Jahr. Meine Kolleginnen der CORRECTIV-Klimaredaktion haben über die versteckten Klimakosten und eine geschäftsgierige Lobby recherchiert. *(wegen der Milch werden Kälber überflüssig wie die männlichen Küken... Landesschau RLP 30.9.21 wj entdeckt)*

Die Milchlobby: Wie unsere Milch dem Klima und der Umwelt schadet (CORRECTIV)

Scheuers Abschiedsgeschenk?

In Deutschland werden drei Wasserstoff-Zentren mit dreistelligen Millionenbeträgen gefördert. Mit 100 Millionen Euro ging der größte Geldsegen an das bayerische Pfaffenhausen. Die kontext:wochenzeitung hat Hintergründe recherchiert und stellt die Frage, warum das Geld ausgerechnet in die Heimat von Andreas Scheuer (CSU) fließt. Sein Ministerium entschied über die Förderung.

Hightech zwischen Hopfenpflanzen *(kontext:wochenzeitung.de) (wegen Warnung der Union vor Sozialismus wj)*

Newsletter – Deutschlands Klima-Außenpolitik

(Eigener Bericht) - Deutsche Wirtschaftsinstitute und Denkfabriken fordern von der nächsten Bundesregierung eine „starke Klima-Außenpolitik“. Als der „mit Abstand größte CO2-Emittent in Europa“ müsse die Bundesrepublik zwar zum einen selbst „besonders weitgehende Maßnahmen“ ergreifen, heißt es in einer aktuellen Stellungnahme aus der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Darüber hinaus gelte es aber auch, die eigenen „Anstrengungen“ in der „internationalen Klimadiplomatie“ zu verstärken. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln sagt bei verstärktem weltweitem Klimaschutz „neue Absatzchancen“ für die deutsche Exportindustrie voraus: In Ländern, in denen striktere Klimaziele eingeführt würden – darunter die USA und China – steige die „Nachfrage nach entsprechenden klimafreundlichen Produkten“; davon könnten deutsche Hersteller profitieren. Die Rede ist von einem „Umsatzpotenzial“ von bis zu zehn Billionen Euro bis zum Jahr 2050. Allerdings warnt das IW, Chancen ergäben sich längst nicht für alle Branchen; „etwa jedes siebte Industrieunternehmen“ in der Bundesrepublik sehe sogar sein Geschäftsmodell bedroht.

Weiterlesen

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8718/>

Soforthilfen für die Armen beschämend / Februar 2021

Spitzenvertreter*innen von 41 bundesweiten Gewerkschaften und Verbänden fordern in einem gemeinsamen Aufruf die zügige Anhebung der Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung auf mindestens 600 Euro sowie sofortige zusätzliche Corona-Hilfen für arme Menschen. Das Spektrum der Unterzeichnenden des Aufrufs „Soforthilfen für die Armen – jetzt!!“ reicht von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, über Kultur, Wohnen, Umwelt bis zu Selbsthilfe und Gesundheit. Eine derart breite zivilgesellschaftliche Allianz für eine bedarfsgerechte, armutsfeste Anpassung der Regelsätze auf ein konkretes Niveau gab es noch nie. Die bisherige politische Unterlassung, arme Menschen durch eine auskömmliche Grundsicherung und effektive Corona-Hilfen zu entlasten, komme einem „armutspolitischen Offenbarungseid“ gleich, so die Kritik.

„Bereits im ersten Lockdown 2020 wurden für Bezieher*innen von Hartz IV und Altersgrundsicherung keinerlei zusätzlichen Hilfen zur Verfügung gestellt, obwohl der zusätzliche Bedarf durch wegfallende Schulessen,

geschlossene Tafeln, steigende Lebenshaltungskosten und insbesondere auch für Desinfektionsmittel und Masken offensichtlich gegeben war. Laptops für das Homeschooling wurden versprochen, auf die die Kinder vielfach noch heute warten. Umso unverständlicher ist dies, als zugleich hohe Milliardenbeträge zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zur Verfügung gestellt wurden“, heißt es in dem Aufruf. Da sich die Hoffnung auf ein Ende der Corona-Krise bis Jahresende 2020 nicht erfüllt habe und nicht absehbar sei, wie lange sich die anhaltende Pandemie noch hinziehe, sei akuter Handlungsbedarf gegeben.

Die jüngste Ankündigung von Hubertus Heil, endlich einen Zuschuss für coronabedingte Zusatz-Belastungen auf den Weg zu bringen, sei ein überfälliges und wichtiges Signal, doch reiche angesichts der bitteren Not der Betroffenen bei weitem nicht aus. Der fortgesetzte Lockdown und die bereits beschlossenen sowie die leider noch zu erwartenden Einschränkungen belasten einkommensarme Haushalte erheblich, zusätzlich zu den schon jetzt seit Monaten zu tragenden Mehrbelastungen. Die zum Januar 2021 vorgenommene Anpassung der Regelsätze habe dabei keinerlei Abhilfe gebracht. “Getrogen hat die Hoffnung, dass die Ärmsten spätestens mit der für 2021 anstehenden Anpassung der Regelsätze endlich entlastet würden. Im Gegenteil: Entgegen dem Rat und der Expertise aller Fachleute und von Gewerkschaften und Sozialverbänden erfolgte im Januar eine Erhöhung um lediglich 14 Euro auf 446 Euro, was einem armutspolitischen Offenbarungseid gleichkam“, heißt es in dem Aufruf weiter.

Die Unterzeichnenden appellieren an die Bundesregierung, endlich armutspolitisch aktiv zu werden. Sie fordern für Bezieher*innen von Hartz IV und Grundsicherung für Alte und Erwerbsgeminderte die bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro sowie für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro. Darüber hinaus sei die Finanzierung der Anschaffung eines internetfähigen Computers sowie notwendiger Software für arme Schüler*innen als einmalige Leistung sicherzustellen. Schließlich sei eine Erneuerung der Miet- und Kreditmoratorien dringend notwendig, um Mieter*innen bei andauernder Pandemie vor Wohnungsverlust zu schützen.

Corona-Einmalzuschuss für Arme reicht nicht: Aktuelle Umfrage zu Lebenshaltungskosten untermauert Kritik an zu geringen Leistungen in der Grundsicherung 26. Februar 2021

Pressemitteilung, erstellt von Gwendolyn Stilling

Gemeinsame Pressemeldung vom 26.02.2021

Eine Mehrheit der Bevölkerung (54 %) hält die von der Bundesregierung geplante Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro für Grundsicherungsbeziehende, die heute im Bundestag beschlossen werden soll, für nicht ausreichend. Dies ergibt eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes. 68 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Menschen mit geringen Einkommen in der Corona-Krise bisher insgesamt von der Bundesregierung nicht ausreichend unterstützt werden, im Gegensatz zu beispielsweise Großkonzernen, die finanzielle Umsatzverluste erlitten haben. Mit einer kreativen Protestaktion vor dem Reichstag wird ein Bündnis von fast 50 Organisationen, darunter Campact, Paritätischer und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, heute gegen die unzureichende Nothilfe für die Ärmsten in der Corona-Pandemie demonstrieren. Die Organisationen fordern eine zügige Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro sowie für die Dauer der Krise eine monatliche Zusatzzahlung von 100 Euro.

Die große Mehrheit der Befragten (62 %) geht nicht davon aus, dass die in Hartz IV und Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehenen Regelsätze ausreichen, um den alltäglichen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Im Durchschnitt liegt das als nötig erachtete Budget mit 573 Euro pro Monat um fast 30 Prozent über dem, was alleinlebenden Grundsicherungsbeziehenden derzeit tatsächlich regierungsamtlich zugestanden wird (446 Euro). Der durch die Befragten im Durchschnitt für Ernährung veranschlagte Bedarf liegt mit 289 Euro im Monat fast doppelt so hoch wie der Betrag, den die Bundesregierung in ihrem Regelsatz rechnerisch für Ernährung als ausreichend erachtet. Die notwendigen

Ausgaben für Körperpflegeprodukte werden von den Befragten gleich fast dreimal so hoch wie von den Statistiker*innen der Bundesregierung veranschlagt.

„Das Krisenmanagement der Bundesregierung ist ein armutspolitisches Trauerspiel. Die Einmalhilfe ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

„Kein Geld für schnelles Internet im Homeschooling, kein Geld für die Reparatur der Waschmaschine, kein Geld für frisches Obst und Gemüse – die Ärmsten leiden doppelt unter Lockdown und knapper Kasse. Mit den Regelsätzen und ohne Unterstützung in der Krise zementiert die Regierung Armut bis in die nächsten Generationen. 150 Euro mehr: das ist lächerlich!“, so Christoph Bautz, geschäftsführender Vorstand Campact. Der Online-Appell „Corona trifft Arme extra hart – Soforthilfen jetzt!“ wird unterstützt von Campact, Paritätischem Gesamtverband, Diakonie Deutschland, Sozialverband VdK, Deutscher Kinderschutzbund, Attac, foodwatch und dem Deutschen Mieterbund sowie 40 weiteren bundesweiten Organisationen. Der Appell wurde inzwischen von über 134.000 Menschen unterschrieben.

<https://www.der-paritaetische.de/coronahilfe/>

Unter dem Motto „Keine halben Sachen“ werden die Organisationen heute um 11.30 Uhr halbierte Gegenstände von der halben Matratze, über halbe Staubsauger und halbe Kinderwagen bis zur halben Kommode auf der Reichstagswiese aufstellen, um gegen die unzureichende Nothilfe für die Ärmsten in der Corona-Pandemie zu demonstrieren. Der Termin eignet sich auch für die Rundfunk- und Bildberichterstattung.

Die repräsentative Umfrage wurde vom 12. bis 18. Februar 2021 vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbands durchgeführt. Insgesamt wurden 1.003 Personen über 18 Jahre befragt. Die Umfrage finden Sie hier: <https://www.der-paritaetische.de/fachinfo/coronahilfen-reichen-nicht-einschaetzungen-der-bevoelkerung-zu-kosten-des-taeglichen-lebensunterhalts/>

Die Antwort der Bundesregierung war erbärmlich:

Einmalzahlung im Mai 2021 150 Euro, d.h. Nach 15 Monaten Pandemie gerade mal 10 Euro pro Monat Und das nach 1 Jahr Wartezeit während bei allen Stolpersteinen Unternehmen und Selbständige milliardenschweres Hilfspaket geschnürt bekamen ...

Das Neuste vom Reich der Reichen

"Pandora Papers" ARD von 4.10.21

Die „Pandora Papers“ sind ein riesiges Datenleck aus der Welt der Schattenfinanzplätze. Die Daten geben Aufschluss über die wahren Eigentümer von mehr als 27.000 Offshore-Firmen. In den Daten finden sich Politikerinnen und Politiker, Superreiche, Oligarchen, Kriminelle und Prominente. Die 11,9 Millionen vertraulichen Unterlagen umfassen Gründungsurkunden von Briefkastenfirmen und Trusts, E-Mails, Abrechnungen und andere Dokumente.